

Ergebnisprotokoll
der 43. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 30.04.2015

Beginn: 15.40 Uhr

Ende: 17.55 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat
Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion
Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke
Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Eickhoff
Herr König
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Viering
Frau Urban
Herr Imholze
Herr Schobeß
Frau Paulsen
Frau Rüpke
Herr Tittmann
Herr Donaubauer
Herr Schleper

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

BBN
ASV

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück
Herr de Olano

Landesbehindertenbeauftragter
Stellv. Beiratssprecher Östliche Vorstadt

IV Gastdeputierte

Frau Metschies
Herr Hamann
Herr Saffe
Frau Dr. Schierenbeck

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 43. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Der Nachtrag 9a „Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“
Leben mit dem Fluss / Leben mit der Weser Hochwasserschutz und neue Stadtqualitäten im historischen Stadt- und Hafengebiet von Bremen“ liegt als **Tischvorlage** aus.

Zu TOP 6 „Bebauungsplan 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt“ liegt der Beschluss des Fachausschusses Bau des Beirates Walle als **ergänzende Information** auf den Tischen.

TOP 10 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“, **TOP 11** „Bebauungsplan 1559 für ein Gebiet in Bremen – Vegesack“ und **TOP 20f** „Antrag auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) an der Bushaltestelle „Georg-Henschel-Straße“ in der Senator-Apelt-Straße in Bremen Woltmershausen“ werden **vertagt**.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/41 der Sitzung am 05.02.2015 Protokoll 18/42 der Sitzung am 05.03.2015 Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 05.03.2015)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 42. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 30.04.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Gefasste Beschlüsse im Umlaufverfahren -02-	BdV mündlich
-------	---	------------------------

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass im Umlaufverfahren die folgenden Vorlagen einstimmig beschlossen wurden:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 96 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen Nordstraße, Hansator, Hafenstraße sowie dem ehemaligen Bahndamm. (Bearbeitungsstand: 02.03.2015)

und

Protokoll der 40. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 08.01.2015

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 97 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -62- / -FB 01-	Vorlage 18/527
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 97 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 97 für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 11.03.2015) einschließlich Begründung zu.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 97 für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 11.03.2015) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen -Eduard-Suling-Straße, -Birkenfelsstraße, -Überseepromenade und -Wendebecken -Öffentliche Auslegung -62- / -FB 01-	Vorlage 18/531
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes angepasst wird und gleichzeitig die Bezeichnung präzisiert wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Eduard-Suling-Straße, Birkenfelsstraße, Überseepromenade und Wendebecken (Bearbeitungsstand: 25.03.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Eduard-Suling-Straße, Birkenfelsstraße, Überseepromenade und Wendebecken (Bearbeitungsstand: 25.03.2015) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2462 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen -Holtenauer Straße (rückwärtig), -Holsteiner Straße, -Theodorstraße und -Vollmerstraße (rückwärtig) -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -62- / -FB 01-	Vorlage 18/532
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 2462 für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen Holtenauer Straße (rückwärtig), Holsteiner Straße, Theodorstraße und Vollmerstraße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand: 13.03.2015) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2462 für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen Holtenauer Straße (rückwärtig), Holsteiner Straße, Theodorstraße und Vollmerstraße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand: 13.03.2015).

Einstimmig

TOP 8	Bebauungsplan 2450 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt zwischen Am Schwarzen Meer, Sankt-Jürgen-Straße, Bis- marckstraße und Friedrich-Karl-Straße -Sachstandsbericht und Städtebaulicher Rahmenplan -63- / -FB 01-	Vorlage 18/538
--------------	---	-------------------

Herr Gottschalk führt aus, dass sich im Forum im März gezeigt habe, dass im Wesentlichen über drei große Themen diskutiert werde: über das Bettenhaus, den Grünbestand und die Stellplätze. Im Bettenhaus werde ein soziales Wohnprojekt, auch mit einem Anteil an studentischem Wohnen, gewünscht. Der Wunsch der Initiative sei es, die Pläne intensiv überprüfen zu können, da es um umfassende Renovierungsarbeiten und hohe Kosten gehe. Dieser Wunsch sei angesichts dieses begrüßenswerten Projektes zu unterstützen. Die zweite Diskussionsdimension betreffe den Grünbestand auf dem Gelände. Hier sei zu prüfen, inwieweit Teile des sehr wertvollen Baumbestandes auf diesem Gelände entgegen dem aktuellen Stand der Planung doch noch gerettet werden könnten. Hier gehe es um die Neuerrichtung eines Stadtteils und vor den klimatischen Herausforderungen müsse man sich auch verstärkt Gedanken darüber machen, wie die Bäume und das Grün insgesamt in fünfzig Jahren aussehen müssten. Der komplizierteste Themenkomplex betreffe das Mobilitätskonzept auf dem Gelände. Es herrsche große Einigkeit darüber, dass man ein ambitioniertes und autoärmeres Projekt verwirklichen wolle. Im Bericht werde ausgeführt, dass statt der üblichen 0,8 Stellplätze pro Wohnung eine Quote von 0,4 umgesetzt werden solle. Sehr kritisch betrachtet werde die Überlegung, Tiefgaragen auf diesem Gelände zu bauen, zumal offen sei, inwieweit dann alle an der Finanzierung dieser Tiefgaragen per Umlage beteiligt würden. Die Wohnungswirtschaft halte Tiefgaragen für eine Vermarktung erforderlich. In der Diskussion sei auch deutlich geworden, dass mit dem neuen Viertel zugleich auch Fragen der Mobilität für das umliegende Gebiet gelöst werden müssen. Dazu müssten die vorgeschlagenen Lösungen mit möglichen Alternativen dargestellt und bewertet werden. Eine Kenntnisnahme dieses Berichtes bedeute nicht, dass der jetzt vorliegende Vorschlag auch zustimmend betrachte werde. Insbesondere im zuletzt genannten Bereich müsse die Diskussion um die richtige Lösung fortgesetzt werden.

Herr Werner betont, dass es sich um einen Sachstandsbericht handle und kein Beschluss gefasst werden solle. Im Bericht würden die Konflikte und Widersprüche benannt. Es sei wichtig, dass sich das Klinikum jetzt zügig mit einem Mobilitätskonzept in die Diskussion einbringe. Insofern wäre auch die Gesundheitsdeputation mit einzubeziehen. Als gemeinsames Ziel sei festzuhalten, dass der öffentliche Raum komplett frei vom Parken bleiben solle. Der Klinikausschuss des Beirats fordere eine zusätzliche Quote für Baugruppen. Dieser Begriff sei zu unscharf, es wäre gerade auch vor dem Hintergrund der Frage einer Anrechnung auf Quoten besser, mit dem Gemeinwohlbegriff zu arbeiten.

Frau Dr. Schaefer bekräftigt die Forderung nach dem Erhalt der Bäume. Von den 400 alten Bäumen sollen knapp 200 gefällt werden, wovon nur ein geringer Anteil nicht mehr verkehrssicher sei. Sie unterstütze die Forderung des Beirats, zu prüfen, ob mehr von dem alten Baumbestand erhalten werden könne.

Herr Arndt bittet ausdrücklich darum, dass die Stellungnahme des Beirats Östliche Vorstadt als Grundlage für die weiteren Planungen berücksichtigt werde. Ganz besonders hinsichtlich des Bettenhauses, hier sollten der Initiative möglichst zügig alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, damit diese prüfen könne, ob es finanziell und wirtschaftlich möglich wäre, das Bettenhaus für sozialen Wohnungsbau umzubauen. Ein Punkt, der in der Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“ für sozialen Wohnungsbau permanent virulent sei, sei die Frage, inwieweit die Quote von 25% sozialem Wohnungsbau auf genossenschaftliches Wohnen oder Baugruppen angerechnet werde. Hier müsse sauber getrennt werden, es müsse 25 % sozialer Wohnungsbau verwirklicht werden und dazu genossenschaftliches Wohnen hinzukommen.

Herr De Olano erklärt, dass aus Sicht des Beirates drei Punkte interessant seien. Es sei sehr erfreulich, dass über einen Stellplatzschlüssel von maximal 0,4 geredet werde. Man sollte je-

doch noch mehr bei der konkreten Vergabe von Parkplätzen in den einzelnen Baufeldern darauf achten, zu einem intelligenten und sehr flexiblen System bei der Parkraumvergabe zu kommen. Es sollte möglichst davon abgesehen werden, feste Stellplätze zu verteilen. Über eine flexiblere Verteilung könne die Stellplatzzahl noch etwas weiter gesenkt werden. Der zweite Punkt sei die Frage, ob man das Klinikum dazu bewegen könne, auf die Optionsfläche an der Bismarckstraße zu verzichten und stattdessen dort die nordöstliche Quartiersgarage zu bauen. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, den Parkverkehr, der derzeit noch in das Viertel einfahre, zu vermeiden und es würde in dem Bereich, der jetzt für die Garage vorgesehen sei, zusätzlichen Raum für weitere Wohneinheiten schaffen. Der dritte Punkt sei die große Frage des Mobilitätskonzeptes des Klinikums. Aus Sicht des Beirats sei dies einer der vordringlichsten Punkte. Im dicht bebauten Quartier habe man jetzt schon weit mehr gemeldete Autos als legale Parkplätze. Der Parksuchverkehr der Angestellten genauso wie der Gäste des Klinikums belastet erheblich die Nebenstraßen. Wenn hier ein Quartier neu entwickelt werde, dann müsse es auch möglich sein, mit dem Klinikum darüber zu reden, dass dieser Parkverkehr auf dem Gelände des Klinikums, auf dem Gelände des neuen Hulsberg- Viertels, abgebildet werde. Zu einem Mobilitätskonzept gehöre auch, dass in der Straße Am Schwarzen Meer in Höhe Sorgenfrei eine weitere Haltestelle der Straßenbahnlinien 2 und 10 eingerichtet werde, die eine fußläufig vorteilhaftere Anbindung an das geplante Eltern- Kind- Zentrum bieten würde und in unmittelbarer Nähe zu einer Moschee und zu einer Kita liegen würde. Beide Nutzer wären sehr an dieser zusätzlichen Haltestelle interessiert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 9	Stadtstrecke Erneuerung des Landesschutzdeichs in der Bremer Neustadt am linken Weserufer - Erfordernisse des Hochwasserschutzes und Chance für die Stadtentwicklung -04-/-64-	Vorlage 18/541
--------------	---	-------------------

Die TOP 9 und 9a werden gemeinsam debattiert.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass die Bäume, die dort auf dem Deich stehen, städtebaulich sehr prägend seien. Für die Neustädter sei diese Strecke ein wichtiger Teil der Naherholung. Die Leute hätten sich an die Bäume gewöhnt, diese gehörten dort zum Stadtbild. Deswegen bitte sie darum, mit diesem Thema sensibel umzugehen und zu versuchen, andere Lösungen einer Begrünung für die betroffenen Straßenzüge zu finden. Natürlich sei der Schutz von Menschen vor Hochwasser und Sturmfluten wichtiger, als der Baumschutz. Aber man müsse vorher mit den Leuten vor Ort schauen, wie eine adäquaten Ausgleich vor Ort geschaffen werden könne, damit das Stadtbild in irgendeiner Weise grün bleibe.

Mit dem Bundesprogramm habe man erkannt, dass man innerhalb einer gewachsenen Stadt gerade auch mit dem Küstenschutz besonders umgehen müsse. Dabei sollte man sich nicht nur auf die Innenstadt konzentrieren, sondern auch auf touristisch wichtige Punkte wie Vegesack mit dem ältesten Binnenhafen, inzwischen ein Museumshafen. Der Deichverband weise immer wieder darauf hin, dass dort ein sehr schwieriges Areal sei, weil die Hochwasserlinie quer durch das Haven Hööv't laufe. Es wäre gut, wenn man versuche mit diesem Programm Küstenschutz und Städtebau zu integrieren.

Herr Werner erklärt, dass dieses Programm auf den Küstenschutz aufsetze und keine Umsetzung des Küstenschutzes sei. Im Grunde genommen gehe es in der Vorlage um die Linie von Walle bis Huckelriede. Eine Entwicklung für den Anschluss von Huckelriede bzw. der Neustadt insgesamt an die City und der Wegeverbindungen von Walle in die City wäre ein großer Gewinn für die Stadtentwicklung und die innere Stadt.

Herr Hamann möchte wissen, wie eine enge Abstimmung mit dem Beirat Neustadt und eine sorgfältige Beteiligung der Stadtöffentlichkeit aussehen könnte.

Herr König führt aus, dass aufgrund der Komplexität dieses Themas und der Schwierigkeit, die Begrünung als einen Teil des Stadtbildes zu erhalten, die Machbarkeitsstudie beauftragt wurde, um die gestalterischen Fragen, Fragen der Deichsicherheit, der technischen aber auch der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu prüfen. Die Machbarkeitsstudie sei noch nicht fertig. Es sei bereits zweimal in öffentlichen Beiratssitzungen über die Machbarkeitsstudie und Zwischenergebnisse berichtet worden und auch zukünftig solle der Beirat über den Sachstand und die Ergebnisse informiert werden, um Öffentlichkeit zu schaffen. Die Machbarkeitsstudie sei ein Einstieg in den Umgang mit der Gestaltung dieser Stadtstrecke. Es werde versucht, über das Bundesprogramm Mittel zu akquirieren, die es erleichtern, eine Verträglichkeit zwischen den stadtgestalterischen Belangen und den Anforderungen an die Funktionalität herzustellen. Es sei ein sehr großes Projekt. Deswegen sei es auch wichtig, für den Gesamtkomplex der Stadtstrecke bis zur Überseestadt Mittel zu akquirieren und die städtebaulichen Qualitäten und den Küstenschutz so auszugestalten, dass im Stadtbereich Synergien erzeugt würden und Bremen insgesamt davon profitiere.

Auf Nachfrage von **Herrn Gottschalk** erklärt **Herr Senator Dr. Lohse** dass die Deichschau vor einem Jahr ergeben habe, dass einzelne Bäume nach Einschätzung der Fachleute ein Risiko darstellen würden. Diese würden auch vorzeitig gefällt werden. Die Sicherheit gehe vor, wenn Gefahr drohe, werde gehandelt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die vorbereitende Planung in Abstimmung mit dem Beirat Neustadt weiterzuführen.

Einstimmig

NACH- TRAG TOP 9a	Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ Leben mit dem Fluss / Leben mit der Weser Hochwasserschutz und neue Stadtqualitäten im historischen Stadt- und Hafengebiet von Bremen -04-/-64-	Vorlage 18/542
----------------------------------	---	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen in Abstimmung mit den Beiräten weiterzuführen.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie befürwortet die Bewerbung im Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Energie nimmt zur Kenntnis, dass im Sommer ein Beschluss über die Kofinanzierung des beantragten Projektes herbeizuführen ist.*

Einstimmig

TOP 10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170)	Vorlage 18/533
---------------	--	-------------------

	-Öffentliche Auslegung -BBN-	
--	---------------------------------	--

Frau Neumeyer möchte wissen, mit welcher Begründung der VE vertagt werde. Sie habe selbst hinsichtlich einer geplanten Treppe zwischen Anwohnern und Investor vermittelt, so dass die Vorlage heute beschlossen werden könne.

Herr Pohlmann regt an, den TOP in der geplanten Sondersitzung am 27.05.2015 aufzurufen. Bis dahin könnten gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Topographie noch weitere Gespräche mit dem Investor und den Anwohnern stattfinden.

Frau Dr. Schaefer schließt sich diesem Vorschlag an. Nur etwa die Hälfte des Geländes könne überhaupt bebaut werden, auf der anderen Hälfte befinde sich ein steiler Hang. Dadurch rücke die vorgesehene Bebauung sehr dicht an die bereits vorhandenen eingeschossigen Einfamilienhäuser heran. Da der Investor den Anwohnern entgegenkommen wolle, indem die Treppe verlegt und das Staffelgeschoss teilweise zurückrücken solle, sei es richtig, diese Änderungen in den Plan einzuarbeiten und insgesamt in der Sondersitzung zu beraten.

-vertagt-

TOP 11	Bebauungsplan 1559 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack - nördlich der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack - östlich angrenzend an die Kleingartensiedlung Am Becketal - südlich der Straße Am Becketal - westlich Schollenweg (Planaufstellung, beschleunigtes Verfahren gemäß §13a BauGB, öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/540
---------------	--	-------------------

-vertagt-

TOP 12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 106 (mit Vorhabenplan 106) zum Vorhaben „Errichtung eines Verbrauchermarktes in der Lindenstraße“ in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück Lindenstraße 110 (Planaufstellungsbeschluss) -BBN-	Vorlage 18/535
---------------	---	-------------------

Frau Neumeyer begrüßt, dass nun der dringend benötigte Verbrauchermarkt für Fähr-Lobbendorf ermöglicht werde.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass die Anwohner einen Vollsortimenter bevorzugen und keinen Discounter möchten. Sie bittet darum, dies prioritär zu berücksichtigen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 18.03.2015) bezeichnete Gebiet in Bremen – Vegesack auf dem Grundstück Lindenstraße 110 ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorha-

benbezogenen Bebauungsplan 106 - mit Vorhabenplan 106). Die Planung soll die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 106 (mit Vorhabenplan 106) zum Vorhaben „Errichtung eines Verbrauchermarktes in der Lindenstraße“ für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 18.03.2015) bezeichnete Gebiet in Bremen – Vegesack auf dem Grundstück Lindenstraße 110 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.

Einstimmig

TOP 13	Bebauungsplan 1247 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen - Beckstraße - Meinert-Löffler-Straße - Aumunder Weidestraße und - Aumunder Friedhof (Absehen von der erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/536
--------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass der Beirat schon vor Jahren eine Bebauung beschlossen habe. Es sei aber lange um die Zuwegung diskutiert worden. Der Beirat habe dazu vor einigen Wochen mehrheitlich beschlossen. Sie hätte es gut gefunden, wenn eine Lösung gefunden worden wäre, die den Anwohnern entgegen gekommen wäre. Es sei um die Frage gegangen, ob für eine Erschließung statt der Meinert-Löffler-Straße auch eine Nord- oder Süd- Variante möglich wäre. Selbst der Investor hätte die Süd- Variante gut gefunden. Diese sei aus verkehrlichen Gründen verworfen worden. Sie hoffe, dass zumindest die Zugeständnisse, die den Anwohnern gemacht worden seien, auch eingehalten werden. Positiv sei hervorzuheben, dass es einen geordneten Grünrahmenplan gegeben habe. Der alte Baumbestand, aber auch der Hecken und Gehölzbestand bleibe erhalten und werde zusätzlich noch ausgebaut. Dies sollte als Paradebeispiel für andere Bauprojekte in Bremen betrachtet werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof (Bearbeitungsstand 30.03.2015) abgesehen wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof (Bearbeitungsstand 30.03.2015).

Einstimmig

TOP 14	Straßenbenennung Friedrich-Soennecken-Straße -ASV-	Vorlage 18/529
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 15	Haltestelle Graubündener Straße (Linie 1) barrierefreier Umbau der Zuwegung -ASV-	Vorlage 18/530
--------	--	-------------------

Herr Dr. Steinbrück berichtet, dass die Planung durch die örtlichen Gegebenheiten nicht einfach gewesen sei. Man habe aber eine gute Lösung gefunden. Gleichzeitig werde im Zuständigkeitsbereich der BSAG auch der Haltestellenbereich neu gepflastert und mit einem modernen Blindenleitsystem ausgestattet. Dies führe insgesamt zu einer deutlichen Verbesserung der Situation.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kosten zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme, vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses, zu.

Einstimmig

TOP 16	Entfristung von örtlichen Bauvorschriften -16-	Vorlage 18/507
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem vorgelegten Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung von baurechtlichen Vorschriften zu und ist mit der Weiterleitung über den Senat an die Stadtbürgerschaft einverstanden.

Einstimmig

TOP 17	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 13. Monat 2014 -1-	Vorlage 18/499	L/S
--------	--	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 42. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 30.04.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt Kenntnis.

TOP 18	Erlass einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Borgfeld sowie in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Osterholz der Stadtgemeinde Bremen - 30-	Vorlage 18/528	L/S
--------	--	-------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 42. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 30.04.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem „Entwurf einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Borgfeld sowie in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Osterholz der Stadtgemeinde Bremen“ zu und bittet um Weiterleitung des Entwurfs an den Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Beschlussfassung.

Einstimmig

TOP 19	Bremen - Innenstadt 2025 1. Statusbericht -7-	Vorlage 18/514
--------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung nimmt den Statusbericht „Bremen – Innenstadt 2025“ zur Kenntnis
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung erwartet einen weiteren Statusbericht im Herbst 2015.

Einstimmig

TOP 20	Berichte der Verwaltung	
TOP 20a)	Bericht über die Gespräche mit dem Vorstand des Landesverbandes der Gartenfreunde e.V. zum Kleingartenplan 2025 -SV BV-	BdV mündlich

Herr Staatsrat Golasowski berichtet, dass bei einem ersten Treffen sehr deutlich geworden sei, dass der Landesverband und die Vereine ein Interesse daran hätten, schnellstmöglich ein Verfahren zu entwickeln, übergroße Behelfsheime oder Gartenlauben einer kleingärtnerischen Nachnutzung zuzuführen. Behelfsheime sollen nur noch abgerissen werden, wenn eine Abrissvereinbarung bestehe. Für die anderen sei zu organisieren, dass sie dann einer kleingärtnerischen Nachnutzung zugeführt werden. Da die Eigentumskonstellationen sehr vielfältig sei, müssten Fallgruppen gebildet werden und für diese Lösungen gefunden werden. Das nächste Gespräch solle bereits nächste Woche stattfinden. Die Ergebnisse fließen in den Kleingartenplan 2025 ein, der noch viel mehr Bestandteile habe, insbesondere den Bereich der Grünordnung. Zu diesem Thema finde in der nächsten Woche ein größerer Termin statt, um eine erste Gliederung vorzunehmen, was alles in dem Kleingartenplan 2025 zu regeln sei und welche Arbeitsaufträge dafür erteilt werden müssten.

Frau Neumeyer bittet darum, der Deputation über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20b)	Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Nord -ASV- / -BBN-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20c)	Errichtung eines Wohngebäudes auf dem Gelände des einstigen Vulkan-Verwaltungsgebäudes in Bremen-Vegesack -BBN-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Neumeyer stellt fest, dass es an diesem Punkt wichtig sei, Bürgerinnen und Bürger ganz nah zu beteiligen. Dieses Hohe Haus sei in Bremen Vegesack so nicht gewollt.

Herr Pohlmann gibt zu bedenken, dass es für eine Stadtentwicklungspolitik wichtig sei, Investoren zu haben. Hier gebe es einen Investor und einen namhaften Architekten, der in Bremen Nord etwas entwickeln wollte. Über die tatsächliche Ausführung könne man noch reden. Aber es wäre gerade für Bremen Nord ein gutes Signal gewesen.

Frau Dr. Schaefer betont, dass es in erster Linie darum gehe, was gut für den Stadtteil sei. In den letzten Jahren habe es diverse Bauwerke in Bremen-Nord gegeben, die als ein gutes Signal bezeichnet wurden, das Haven Hööv, auch in einer 1A Lage, die Markthalle, ebenfalls in einer 1A Lage, die am Sedanplatz leer stehe, Aussichtstürme usw. Die Vegesacker seien inzwischen sehr sensibel. Ein solches Projekt müsse städtebaulich passen. Dies sei bei diesem Hochhaus nicht der Fall, es habe die Bürgerinnen und Bürger in Vegesack nicht überzeugt. Die Weserstraße mit den alten Kapitänshäusern zeige das maritime Flair von Vegesack, das attraktiv sei für Tagestouristen. Ein Hochhaus dort erscheine den Menschen als Fremdkörper. Sie erwarte, dass man gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit dem Beirat überlege, wie man dieses Gebiet entwickeln könne und zusammen mit dem Investor und dem Architekten ein Konzept entwickle, das besser an diesen Standort passe.

Frau Neumeyer kritisiert, dass in der Beiratssitzung nur ein favorisierter Entwurf vorgestellt wurde. Es habe aber mehrere alternative Entwürfe gegeben, die nicht vorgestellt worden seien. Dies habe zu Unmut geführt. Ein Hochhaus passe an dieser Stelle überhaupt nicht nach Bremen Nord. Sie werde darauf achten, dass die Bürgerinnen und Bürger und der Beirat im weiteren Verfahren ausreichend beteiligt werden.

Herr Liess verweist darauf, dass diese Deputation unter anderem den Begriff Stadtentwicklung mit im Namen trage. Stadtentwicklung bedeute, dass man sich anschauen müsse wie und in welche Richtung eine Entwicklung stattfinden könnte. Das Verfahren sei hier ziemlich „überfallartig“ erschienen und habe so nicht funktioniert. Eine offene Diskussion habe nicht stattgefunden. Ob das Hochhaus oder ein alternativer Entwurf eine sinnvolle Bebauung gewesen wäre, könne er so nicht beurteilen. Er hätte sich gewünscht, dass damit in der Öffentlichkeit anders verfahren worden wäre.

Herr Hamann stellt fest, wenn man in einer Großstadt wohnen möchte, dann gehörten auch etwas höhere Gebäude dazu.

Herr Saxe ist stolz auf die Art der Beteiligungskultur, die man in dieser Legislaturperiode gehabt habe und auch, dass die Menschen vor Ort und die Beiräte mitgenommen worden seien. Er wünsche sich, dass dies so weiter gehe. Es sollten alle in einem Verfahren ihre Rolle spielen und die Menschen vor Ort, müsse man gerade dann mitnehmen, wenn man ein stadtbildprägendes Gebäude plane. So etwas könne man nicht gegen den Willen der Menschen vor Ort durchsetzen. Das Verfahren sei kommunikativ schief gelaufen, daraus könne man aber lernen und sollte über Verfahren und Strukturen noch mal nachdenken.

Herr Senator Dr. Lohse bekräftigt, dass Dialoge und Beteiligungsverfahren weiter stattfinden werden. Er verweist auf den vorgelegten Bericht, in dem ausgeführt werde, dass man sich derzeit in einem Stadium der Vorabstimmung befinde. Das förmliche Bauleitplanverfahren mit allen Beteiligungsformaten stehe erst zu einem späteren Zeitpunkt an. Die weiteren Konzepte des Investors würden unter Berücksichtigung der besonderen Situation des Standortes und der bisherigen Reaktionen in aller Sorgfalt beraten und überarbeitet. Das Gestaltungsgremium sei

als vertrauliches Gremium einberufen, dort seien auch Vertreterinnen und Vertreter der Ortspolitik beteiligt gewesen. Aus diesem Verfahren habe es eine Indiskretion gegeben, die diese Diskussion zur Unzeit ausgelöst habe. Aber man müsse auch in der Lage sein, über solche Dinge miteinander zu sprechen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20d)	Umgestaltung Osterfeuerberger Ring zwischen Fleetstraße und Utbremer Kreisel -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20e)	Einrichtung von Querungshilfen in der Stadtgemeinde Bremen hier: Anforderungen und zu beteiligende Stellen -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Saffe bedankt sich für den Abbau einer Barriere am Osterdeich durch den Einbau einer Mittelinsel in Höhe Berliner Straße. Eine ähnliche Barrierewirkung bestehe in Höhe der Mozartstraße.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass es in diesem Bericht allgemein darum gehe, wie die Orte für Querungshilfen ausgewählt und kommuniziert werden. Im Verkehrsentwicklungsplan sei eine Liste der prioritär umzusetzenden Querungshilfen enthalten. Es spiele dabei eine Rolle, wie groß der Aufwand einer Maßnahme sei und inwieweit in den Verkehrsfluss eingegriffen werde. Er freue sich, dass dies an einer Stelle möglich war, die eine hohe Priorität habe, gerade auch weil die Abstände zur nächsten gesicherten Querungsmöglichkeit besonders groß seien.

Herr Dr. Steinbrück empfindet die am Osterdeich installierte Art der Querungshilfe als sehr ambivalent. Diese sei sicher für viele Menschen eine Erleichterung bei dem starken Verkehrsfluss. Es schließe aber gerade stark beeinträchtigte Menschen aus, wie Blinde, Sehbehinderte und Menschen, die den Verkehr nicht richtig einschätzen könnten, aber auch sehr stark gehbehinderte Menschen, die sehr langsam seien und für die selbst diese Insel nicht hilfreich sei. Man müsse in solchen Fällen daher sehr genau prüfen, ob ein Zebrastreifen oder eine Fußgängerampel nicht doch eine bessere Lösung wäre. Er habe sich an dieser Stelle damit einverstanden erklärt, weil das ASV überzeugend dargelegt habe, dass es vom Verkehrsfluss und –ablauf am Osterdeich her nicht möglich und sinnvoll sei, dort eine gesicherte Querung mit Lichtsignalanlage oder Zebrastreifen einzubauen. Aber man müsse sich bewusst machen, dass dies kein Patentrezept und gerade aus der Sicht behinderter Menschen nicht akzeptabel sei. Es sei ein Kompromiss, der der dortigen Verkehrssituation geschuldet sei. Er behalte sich vor, in jedem Einzelfall neu zu prüfen und zu bewerten. Dies sei mit dem ASV auch so verabredet.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20f)	Antrag auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) an der Bushaltestelle „Georg-Henschel-Straße“ in der Senator-Apelt-Straße in Bremen Woltmershausen -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 20g)	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2014 – 2020 - Darstellung der Struktur des Bremer EFRE-Programms und der Bezüge zu den Themen Umwelt, Energie, Verkehr und Stadtentwicklung -1-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 42. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 30.04.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20h)	Staubbelastung durch die Stahlwerke in Hasenbüren und Seehausen -22-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer bittet darum, bei weiteren Gesprächen mit Arcelor nicht nur auf die Problematik des Segelhafens in Hasenbüren hinzuweisen, sondern generell auf die Region. Die Niederschläge auf die Segelboote gingen auch auf alle Gärten usw. nieder. Den Hasenbürenern sei klar, dass die Grenzwerte eingehalten würden. Trotzdem verursachten solche Einzelereignisse große Probleme. Arcelor habe viel getan und es wäre gut, wenn man mit den Segelvereinen und mit den Bürgerinnen und Bürgern oder dem Beirat vor Ort weiter versuche, Lösungen zu erzielen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20i)	Zeit- und Maßnahmenplan zur Sanierung der BAB A 270 -5, ASV-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 42. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 30.04.2015.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20j)	Stadtticket in allen VBN-Verkehrsmitteln der Stadtgemeinde Bremen -52-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass ein finanzielles Problem von 600.000 € im Jahr bestehe, das durch eine Preiserhöhung des Stadttickets wieder reingeholt werden solle. Darüber müsse man zu einem späteren Zeitpunkt nochmal reden.

Herr Staatsrat Golasowski erklärt, dass es sich dabei um eine vorläufige Schätzung handele, die durch eine Marktforschung verifiziert werden müsse. Im Augenblick gelte die Beschlusslage von Senat und Bürgerschaft, dass ein Mehrbedarf nutzerfinanziert werden müsse. Der VBN habe es akzeptiert, zuerst diesen Leistungszusatz einzuführen und im Herbst die Marktforschung durchführen. Dann müsse darüber diskutiert werden, ob tatsächlich alles nutzerfinanziert werde

oder ob es im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/ 2017 Möglichkeiten gebe, zumindest einen Teil anders zu finanzieren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20k)	Stadtentwicklung in Blumenthal - 7, BBN -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20l)	koopstadt -71-	BdV schriftlich
-----------------	--------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur integrierten Stadtentwicklung im Pilotprojekt koopstadt zu Kenntnis.

TOP 20m)	Sachstandsbericht zum Baugebiet "Am Bodden-Nord" in Bremen Blumenthal -ASV- / -BBN-	BdV mündlich
-----------------	---	-----------------

Herr Staatsrat Golasowski erinnert daran, dass das Baugebiet und dessen Erschließung bereits Thema einer Deputationssitzung im April 2014 gewesen waren. Damals habe die Deputation der Vorgehensweise zur Erschließung dieses Baugebietes mit 48 WE, zugestimmt. Das Besondere war, dass die Stadtgemeinde Bremen eine 100 %- Erschließung durchführen wollte, also damit auch einen Teil der Erschließungskosten selbst trage, weil es ein besonderes Interesse daran gebe, dass dieses Baugebiet auch tatsächlich umgesetzt werde. Die Umsetzung scheiterte bisher daran, dass der Eigentümer der meisten Grundstücke, die Gewosie, sich an der Erschließung nur beteiligen wolle, wenn sichergestellt sei, dass auch die zwölf weiteren Grundstückseigentümer, die von dieser Erschließung ebenfalls einen Vorzug haben, an den Kosten beteiligt würden. Dies sei sehr schwer zu regeln gewesen und man habe einen Weg gefunden mit der 100 %- Erschließung und der Beteiligung der Stadtgemeinde mit 10 % an den Kosten. Um überhaupt eine Erschließungsstraße erstellen zu können, musste eine Möglichkeit gefunden werden, um sicherzustellen, dass die Gewosie keine Auslagen habe, die sie dann von den anderen Grundstücksnachbarn nicht erstattet bekomme. Dazu sollten die Grundstücksflächen zu einem höheren Preis angekauft werden, als er normalerweise für solche Flächen üblich sei. Dies müssten das Finanzressort und der HaFA genehmigen. Das Finanzressort habe dies nicht so gesehen wie die Deputation es beschlossen habe. Nach einem erneuten Gespräch sei es nun hoffentlich möglich, dies noch kurzfristig im HaFA beraten zu können. Es sei ein Erkenntnisprozess auf Seiten der Stadtgemeinde Bremen. Wenn man wolle, dass gebaut werde, müsse sich die Stadtgemeinde an den Kosten beteiligen. Es sei in den letzten Jahrzehnten gelungen, dass die Investoren erschlossen haben, wenn die Grundstücke eine besondere Lagegunst hatten. Beim Bodden Nord gebe es keine Lagegunst, dafür aber andere Besonderheiten. Die Stadtgemeinde müsse überlegen, ob sie ein Interesse an der Bebauung habe und dann auch Kosten übernehmen. Dieser Erkenntnisprozess sei in Gang gesetzt.

Herr Liess gibt zu bedenken, dass der HaFA dies erst noch beschließen müsse, was nicht sicher sei. Eine Straße zu 100 % von der Stadtgemeinde zu erschließen sei möglich und ein gängiges Verfahren. In dem Augenblick aber, wo man anfangs, über Grundstückspreise und Grundstückskäufe politisch zu entscheiden, müsse man sich fragen, ob dies ein verantwortungsvoller Weg sei. Das müsse besprochen werden, denn es berge die Gefahr von Willkür.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21	Verschiedenes	
TOP 21a	Einführung von Tempo 30 in der Bremerhavener Heerstraße Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	

Herr Schleper berichtet, dass die entsprechende Beschilderung am 20.04.2015 erfolgt sei.

TOP 21b	Feinstaubbelastung durch Linienbusse Am Dobben Berichtswunsch von Herrn Gottschalk	
---------	--	--

Frau Kamp erklärt, dass die Feinstaubbelastung im Jahr 2014 Am Dobben nicht den allgemeinen Grenzwert überschritten habe. Eine bestimmte Anzahl von Überschreitungen sei erlaubt. Diese Gesamtzahl wurde unterschritten. Insgesamt seien die Werte im Laufe der Jahre besser geworden. Mittlerweile würden ausschließlich 18 m lange Gelenkbusse auf dieser Strecke eingesetzt, die dem sogenannten EEV- Standard entsprechen und damit deutlich emissionsärmer seien, als die aktuellen Euro- Norm- Busse. Und man habe ein neues europäisches Projekt nach Bremen geholt, Electrification of public transport in cities, kurz ELIPTIC. Mit deutschen und europäischen Partnern werde in Bremen der Alltagsbetrieb von Elektrobussen getestet. Das Ressort sei sehr daran interessiert, dass auch auf dieser Strecke mit hoher Stickoxid- und Feinstaubbelastung diese Elektrobusse eingesetzt werden. Die Verkehrsministerkonferenz habe in der letzten Woche einstimmig einen Antrag beschlossen, der auf Anregung Bremens dahingehend ergänzt wurde, dass auch im ÖPNV die Elektromobilität stärker berücksichtigt werde. Der Einsatz von einem Elektrobuss sei etwa so wirksam wie die Umstellung von einhundert Privat-PKW auf Elektromobilität.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 43. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll